

lauf die Bourgeoisie ihre in der gesellschaftlichen Umgestaltung gespielte revolutionäre Leitungsrolle verloren hat. Eine neue revolutionäre Kraft – die Arbeiterklasse – trat zur Lösung der historischen Aufgaben in den Vordergrund.“

Im nächsten Kapitel mit dem Titel „Die deutsche Einheit – die grosse Hoffnung des 'Frühlings der Völker'“ wird u.a. auf die Tätigkeit des Frankfurter Parlamentes eingegangen, das die Idee des „Einheitlichen Deutschlands“ nur halbwegs zu realisieren trachtete. „... auch Frankfurt konnte sich dem Entwicklungsgesetz der bürgerlichen Revolutionen nicht entziehen: die zu Kompromissen neigende, liberale Bourgeoisie gelangte mit den von den Radikalen und Anhängern der gesellschaftlichen Revolution geleiteten Massen in Konflikt.“ Nach Ansicht des Verfassers hat sich – von den dortigen spezifischen Merkmalen abgesehen – auch in Wien und Berlin derselbe Vorgang abgespielt.

Das Schicksal der Wiener Oktoberrevolution wurde schliesslich nicht in Frankfurt, sondern bei Schwechat entschieden, wie das auch im einschlägigen Teil des Kapitels „Kampf um die nationale Unabhängigkeit“ erläutert wird. Dem Gedankengang des Verfassers folgend wird der Leser über die wichtigsten Ereignisse des ungarischen Freiheitskampfes, die nationalen Freiheitsbewegungen in dem zergliedernten Italien, über die für den „guten Kaiser“ gehegten Illusionen der slawischen Völker des Habsburgerreiches und über das sich daraus ergebende, im wesentlichen zur Unterdrückung der ungarischen und italienischen Revolutionsbewegungen beitragende Verhalten unterrichtet. Der 1848–49 in militärischer und politischer Hinsicht gespielten Rolle der polnischen Emigran-

ten hätte vielleicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden können, obwohl in Polen, das zu dieser Zeit in drei Teile zergliedert war, ähnliche Aktionen, wie 1830 oder 1963–64, nicht stattgefunden haben, weshalb auch gegen die vom Verfasser gewählte Lösung nichts eingewandt werden kann.

Schliesslich behandelt der Verfasser mit dem Titel „England, Russland und die europäischen Revolutionen“ die Rolle des englischen Kapitals und der russischen Soldateska in den Ereignissen der Jahre 1848–49, ihren Beitrag zum Sieg der europäischen Reaktion. „Um die europäischen Ereignisse der Jahre 1848–49 verstehen zu können, muss man die von Russland und England gespielte Rolle untersuchen“ – schreibt Aladár Urbán.

Den Abschluss des Buches bildet eine kurze Zusammenfassung, die den unbestreitbaren wissenschaftlichen Wert des für einen breiteren Leserkreis gedachten Buches wiederholt beweist. Mit der chronologischen Tabelle der wichtigeren Ereignisse der Revolutionen, sowie der Literaturzusammenstellung, die den sich für die im Buch enthaltenen Probleme interessierenden Lesern als Wegweiser dient, wird das Werk sinnvoll ergänzt.

Das folgende Zitat aus dem von Aladár Urbán verfassten Buch macht es noch mehr verständlich, warum er – mit Recht – dem von ihm gewählten Thema ein solch grosse Bedeutung beigemessen hat: „... 1848 hat die Entwicklung des modernen Europas begonnen. Nichts beweist das besser als die Tatsache, dass die Probleme, die die Revolutionen des Jahres 1848 in den Vordergrund gestellt haben, entweder bis 1871 oder im Jahre 1918 gelöst wurden.“

MIKLÓS KUN

GYÖRGY SZABAD

AUF DEM SCHEIDEWEG ZWISCHEN REVOLUTION UND AUSGLEICH 1860–1861

S z a b a d G. y.: Forradalom és kiegyezés választóján 1860–1861. Budapest, 1967 Akademie-Verlag, 644 S.

Unter den zahlreichen Publikationen, die anlässlich der hundertsten Jahreswende des österreichisch-ungarischen Ausgleichs erschienen sind, hebt sich das bedeutende Werk von György Szabad hervor, das den

wichtigsten Abschnitt der historischen Entwicklung vom Freiheitskampf bis zum Ausgleich auf der Grundlage eines reichen Quellenmaterials erläutert. Anhand der zahlreichen Konflikte, deren Ursprung in

den Bewegungen der gesellschaftlichen Kräfte zu suchen war, schildert er den Zusammenstoss in den Jahren, 1860–61, die Vereitelung der auf die Neuorganisation des Königreiches ausgerichteten Pläne, den Sturz der Unabhängigkeitsbewegung der ungarischen Emigranten als dramatischen Höhepunkt.

Einleitend weist der Verfasser darauf hin, dass sich der Wiener Hof wegen der auftretenden Schwierigkeiten gezwungen sah, zum Aufrechterhalten der Autokratie gewisse „konstitutionelle“ Massnahmen zu veranlassen. Das paarte sich mit den ähnlichen Bestrebungen der konservativen ungarischen Aristokratie, und als Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Habsburg-Macht und den ungarischen Konservativen wurde das Diplom vom 20. Oktober erlassen, das das Eröffnen der legalen politischen Foren ermöglichte. Ausführlich analysiert der Verfasser die begeisterte politische Stimmung, die politischen Erfolge der Emigration, und hebt es hervor, dass – mit Ausnahme der Konservativen – alle politischen Kräfte sich legal zu den Ideen von 1848 bekannt haben. Von besonderer Bedeutung war die Stellungnahme der zur Unterbreitung des provisorischen Wahlgesetz-Entwurfes berufenen Esztergom'er Konferenz für das Erhalten der 1848-er Grundlage und die Bestrebungen der sich neuorganisierenden Komitee, um die Möglichkeiten der bis 1849 gültig gebliebenen Gesetze auszunutzen, die Konstitution von 1848 zu restaurieren und die Macht derentsprechend auszuüben.

Der Bedeutung des Ereignisses gemäss befasst sich György Szabad mit der Gefangennahme von Teleki in Dresden und seiner Auslieferung an Österreich, wobei er weniger die bekannten Umstände der Gefangennahme, als eher die Ursachen seines Freilassens untersucht. Der diesbezügliche Vorschlag stammte vom konservativen Dessewffy, der das zum Vermeiden eines politischen Sturmes für ratsam hielt. Franz Joseph sollte persönlich Teleki seine Freilassung mitteilen und ihm ein Versprechen abzwängen, dass er daheim keine politische Tätigkeit ausüben wird. Der von der unerwarteten Audienz überraschte Teleki hat das auch tatsächlich versprochen, wurde jedoch damit seinen Prinzipien nicht untreu, wie das sein späteres Verhalten eindeutig beweist, obwohl seine unüberlegte Reise der ungarischen

nationalen Bewegung viel geschadet hat. Im Buch werden auch die einheimischen und ausländischen Protestationskundgebungen erwähnt, die den Hof zur Entscheidung gezwungen haben, den Vorschlag der Konservativen anzunehmen.

In den weiteren analysiert der Verfasser das Versagen der konservativen politischen Linie – die Ursache dafür war der grosse Gegensatz zwischen der am Diplom festhaltenden und alle weiteren Vorschläge zurückweisenden Politik des Wiener Hofes, sowie der das Diplom nicht anerkennenden und die restlose Verwirklichung der Ideen von 1848 fordernden ungarischen Volksmeinung – was der Wiener Politik eine neue Wendung gab und auf den Weg der konstitutionellen Zentralisation überführte. Mit dem Februarpatent wurde jedoch gar nichts gelöst, sondern die allgemeine politische Stimmung noch mehr aktiviert. Dieser Stimmung konnte sich auch Teleki nicht entziehen, in den von ihm gesandten Nachrichten wird es angedeutet, dass die Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung ausser den Beziehungen zu den Emigranten auch im Lande selbst einen Leiter haben. In dieser Massenstimmung wird die Organisation des Honved-Vereins begonnen, der der Legalität halber Hilfsverein genannt wird, in Wirklichkeit aber die Organisation einer nationalen Armee vorbereiten soll.

Nach der Schilderung der innenpolitischen Verhältnisse wird die Rolle Kossuth's analysiert und damit zusammenhängend auf die zunehmenden aussenpolitischen Schwierigkeiten, auf die unter den Emigranten entstandenen Meinungsunterschiede um den sofortigen Kampfbeginn, auf die verantwortungsvolle Stellungnahme Kossuth's hingewiesen. Das Entstehen von Gegensätzen innerhalb der einheimischen geheimen Organisation – was schliesslich zur Auflösung des Zentralen Revolutionskomitees geführt hat – wird in der Studie mangels ausreichender Quellenmaterialien nur kurz erwähnt.

In den weiteren erläutert der Verfasser die Neuorganisation des Justizsystems, die von der Landesrichter-Konferenz geschaffenen „Provisorischen Justizregeln“, in denen die Prinzipien des feudalen ungarischen Justizsystems und die Gesetze aus 1848 mit den Verfügungen des Bach-Systems abgestimmt werden sollten. Es wird auf die Bedenken der Justizbehörden

diesen Regeln gegenüber und auf die massenhaften Vertrauenskundgebungen seitens der Bauernschaft hingewiesen; die Bedeutung dieser Kundgebungen wurde noch dadurch erhöht, dass sie – da die Bauernfrage zugleich auch eine Nationalitätenfrage war – im Zeichen der Aussöhnung standen, die gegenabsolutistischen und Unabhängigkeitsbestrebungen stärkten. Zugleich ermöglichte jedoch die bei der Anwendung der Rechtsquellen und beim Justizverfahren herrschende Unsicherheit viele Missbräuche, was sich in gerade entgegengesetzter Richtung auswirkte.

Die Nationalitätenfrage wird in der Studie ausführlich analysiert, der Verfasser erwähnt die Anzeichen der Versöhnung und Solidarität, verschweigt jedoch auch die Probleme nicht. Unter diesen werden vor allem die mit dem Sprachgebrauch zusammenhängenden Probleme, die Stellungnahme des Serbischen Kongresses in der Frage der Privilegien, der unterschiedliche Standpunkt der Rumänen und Ungarn zur Rückgliederung des Partiums und zur Union Siebenbürgens, sowie die wegen der ungarischen Deklaration über die Gültigkeit der Union zunehmende Spannung eingehend erörtert. Die Studie weist auf die den Versöhnungsversuchen entgegenwirkenden Bestrebungen der österreichischen Regierung hin, erwähnt die Tätigkeit des Kroatischen Provinziallandtags, wo die Zusammenarbeit befürwortenden und ungeklärte Fragen analysierenden Erklärungen miteinander wechselten. Als Mangel wird der Umstand erwähnt, dass die den Reichstag vorbereitenden Wahlprogramme und Deklarationen zwar mit den Ideen von 1848 solidarisch blieben, in gesellschaftlichen und Nationalitätenfragen jedoch sich auf Allgemeinheiten beschränkten.

Im folgenden Teile seines Werkes befasst sich Gy. Szabad mit der Tätigkeit des Reichstages, hebt die wichtigeren Fakten der Stellungnahme für 1848 hervor, die schon bei der Eröffnung dominiert haben. Bei der Analyse der Kräfteverhältnisse gelangt er zur Feststellung, dass sich im Laufe des Mandatbeweisverfahrens die Überlegenheit der Linken herausgebildet hat. Neben der gemeinsamen Basis – 1848 – zeigten sich nur in der Vortragsweise der Klagen und Beschwerden gewisse Unterschiede. Deák war dafür, wegen der Auflösung eine Adresse zu verfassen,

während Teleki mangels Restaurierung der Konstitution von 1848 eine Erklärung und notwendigerfalls die Selbstauflösung für richtig hielt. Die Mehrheit unterstützte jedoch den Vorschlag von Tisza, der für den Beschluss Stellung nahm, mit der Begründung, dass das zwar die Ablehnung jedweden Vergleichs mit dem Absolutismus bedeutet, jedoch das Unternehmen weiterer Schritte nicht ausschliesst. Die Analyse der weiteren Ereignisse liefert zum erstenmal auf Quellenwerken basierende, die wahren Gründe erschliessende Informationen über den tragischen Selbstmord Teleki's. Teleki hat – zwar widerstrebend – den Vorschlag seiner Linksgenossen hinsichtlich des Beschlusses angenommen. Danach wurde jedoch von den Anhängern der Adresse – die ihre Ansichten erfolglos mit denen der Konservativen abzustimmen versuchten und den Anhängern des Beschlusses gegenüber in Minderheit gelangten – der Versuch unternommen, mit diesen letzteren eine Einheit herauszubilden. Zu einem solchen Kompromiss wären auch die Anhänger des Beschlusses bereit gewesen, wie das der von Ede Károlyi gemachte Vorschlag gezeigt hat. Danach sollte Deák's Adressenvorschlag im wesentlichen angenommen werden, mit Ausnahme der Aussenpolitik, auf welchem Gebiet Deák Kompromisse machen sollte. Derart hätte die Mehrheit nur über die formelle Frage entscheiden müssen. Da die Mehrheit der Beschlusspartei für den von Károlyi gemachten Vorschlag war, sah sich auch Teleki gezwungen, diesem Vorschlag beizustimmen. Den Vorschlag der Partei hätte er konzipieren sollen, das auf seinem Schreibtisch gefundene Fragment – dessen Original verloren ist, weshalb es nicht geklärt werden konnte, ob das Konzept ein vollständiges Ganzes war – ist eine offene Revolte der Parteileitung gegenüber: sich an die Nation wendend, die Forderungen von 1848 überschreitend verlangt Teleki die Herstellung der konstitutionellen Unabhängigkeit auf allen Gebieten. Seine Verantwortung wäre aber auch dann bestanden geblieben, wenn er sich der Parteileitung offen widersetzt hätte, da die Mehrheit auf Grund seines Vorschlags zu einer wichtigen Rolle in der Organisation gelangt ist. Die Kraft, sich an die ihm vertrauenden Massen zu wenden, fehlte ihm; sein angegriffener Nervenzustand konnte den seelischen Konflikt nicht ertragen: er griff zur Pistole.

Der weitere Teil der Studie erörtert die Verstärkung der Position von Deák, die Unterbreitung des Adressenvorschlags und die darin enthaltenen beiden Hauptsätze, wonach das Haus Habsburg den ungarischen Thron – der Pragmatica Sanctio gemäss – nur mit der Bedingung erben kann, dass es sich zum Einhalten der ungarischen Gesetze verpflichtet, und die gemeinsame Herrschaft über Ungarn und die Kronländer nur eine Personalunion bedeutet. Ein besonderes Gewicht bei der Abhandlung der aus den Quellenwerken bekannten Diskussion erhalten die Erörterungen von Imre Révész, der im Gegensatz zu Deák die Pragmatica Sanctio nicht als Grundgesetz, sondern nur als ein angenommenes Gesetz, das mit späteren Gesetzen geändert oder annulliert werden konnte, betrachtete.

Nach der Schilderung der Diskussion im Abgeordnetenhaus geht der Verfasser zur Frage über, wie sich die von Almásy geleitete Gruppe der Beschlusspartei aus verschiedenen Beweggründen – Neigung zur Loyalität, aus der aussenpolitischen Lage gezogene Schlussfolgerungen und Einfluss der widerspruchsvollen Nachrichten der Emigration – erneut der Deák-Gruppe näherte, wodurch die Annahme der Adresse mit einer minimalen Stimmenmehrheit gesichert werden konnte. In Wirklichkeit waren die Anhänger des Beschlusses in Mehrheit, das beweist auch die energischere Ausdrucksweise der überarbeiteten Adresse, mit der sich Deák schliesslich nicht mehr identifizierte. Eine Gruppe der Abgeordneten rechnete zwar mit der Möglichkeit, dass zu den Waffen gegriffen werden muss, befürwortete jedoch die Adresse mit der Begründung, dass das Festhalten an den legalen Mitteln die Taktik des Zeitgewinns begünstige. Die Problematik der Nationalitätenfrage wird auch mit der Tätigkeit des Parlaments zusammenhängend erwähnt. Die Stellungnahme der verschiedenen Nationalitäten analysierend unterscheidet der Verfasser zwischen berechtigten Forderungen, Versöhnungsbestrebungen und unberechtigten Ansprüchen. Zugleich kritisiert er die Arbeit

der Nationalitäten-Kommission des Parlaments, die das Dogma der einheitlichen ungarischen politischen Nation deklariert hat, erwähnt aber auch die erzielten Ergebnisse.

Zum Abschluss befasst sich die Studie mit dem weiteren Schicksal der Adresse, mit dem abweisenden Reskript des Hofes, sowie der von Deák verfassten, einstimmig angenommenen zweiten Adresse, die für das Unmöglichwerden der Verständigung den Hof verantwortlich macht, weil er die Erfüllung der berechtigten Forderungen verweigert hat, und zugleich der Nation ein Programm des Standhaltens und Ausharrens empfiehlt. Der Verfasser erwähnt noch die neuere Krise hinsichtlich der einheimischen Beziehungen der Emigranten, die Bestrebungen der äussersten Linken zur Fühlungnahme mit Kossuth, die Retablierung der Autokratie, die Auflösung des Parlaments, den Einspruch gegen diese Massnahme, die Abdankung der Justizbehörden als Protestaktion, die Nachhutkampf-Aktionen.

Zusammenfassend gelangt Gy. Szabad zur Feststellung, dass der – schliesslich mit dem Sieg der Ausgleichstendenzen endende – Kampf zwischen den Gegenparteien in den Jahren 1860–61 intensiver und bedeutender war, als das auf Grund der bisherigen Geschichtsschreibung allgemein angenommen wird. Die Analyse dieses Zeitabschnittes hat gleichzeitig auf die objektiven inneren Widersprüche des gegen den Absolutismus geführten Kampfes, auf die subjektiven Schwächen der leitenden politischen Kräfte, die schliesslich zum Ausgleich geführt haben, hingewiesen.

Der Verfasser stellt die Rolle der für den gesellschaftlichen Fortschritt und die nationale Unabhängigkeit kämpfenden Kräfte in einer objektiven, auf der Erschliessung der Tatbestände basierenden Weise dar. Der Wert und die Brauchbarkeit des Werkes wird durch die klare Gliederung, die umfassende Bibliographie und das beigelegte Namensregister noch erhöht.

JÓZSEF ZACHAR